

# Die Versprechen der Demokratie

Voraussichtliche Erscheinungstermine: 24.9., 26.9., 27.9. (Print) und 29.9. (nur online)

**Abels  
ist  
die  
Neue**

Von Isabella Bauer, Christian Saathoff, Tobias Müller

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 174 zu 11 Stimmen wurde Gabriele Abels zur neuen Vorsitzenden der DVPW gewählt. Sie löst hiermit Hubertus Buchstein ab, der das Amt die vergangenen drei Jahre inne hatte und mit viel Applaus und Geschenken verabschiedet wurde. In ihrer Bewerbungsrede betonte Abels, dass sie großen Wert auf Kontinuität lege, ohne hierbei starr an verbesserungswürdigen Strukturen festhalten zu wollen. Die bereits auf dem vormittäglichen Sonderplenum thematisierte Auseinandersetzung mit der Geschichte des Faches müsse ebenso vorangetrieben werden wie die stärkere Integration der unterschiedlichen Sektionen und Arbeitskreise, die sie zudem umfassender an der Arbeit von Vorstand und Beirat beteiligen möchte. Auch gelte es, die methodische und theoretische Pluralität der Politikwissenschaft zu erhalten und die Vernetzung der DVPW nach innen und nach außen zu fördern.

In den Vorstand wurden zudem gewählt: Ralf Kleinfeld, Julia von Blumenthal, Christopher Daase, Susanne Pickel, Carina Sprungk und Kai-Uwe Schnapp.

Der Beirat setzt sich fortan zusammen aus: Hubertus Buchstein, Thorsten Thiel, Michael Haus, Claudia Wiesner, Antje Wiener, Michael Stoiber und Friedbert Rüb.

Wurde hiermit der Blick nach vorne gerichtet, so diente die Mitgliederversammlung auch der Retrospektive. Hierbei hatten Hubertus Buch-

stein und Felix Wurm größtenteils Positives aus den vergangenen drei Jahren zu berichten. Ein Ansteigen der Mitgliederzahl auf nunmehr 1729, die Gründung der Sektion „Methoden der Politikwissenschaft“ sowie eine steigende Kongressbesucherzahl im Vergleich zum letzten Zusammenkommen in Kiel. Bedenklich sei hingegen die finanzielle Situation, was sich in einem strukturellen Defizit von derzeit 21.000 € ausdrücke. Hierauf wurde mit der Beschlussvorlage über die Erhöhung der Beitragssätze reagiert, die mit großer Mehrheit angenommen wurde. Ab 2013 wird der reguläre Beitrag demnach 95 € statt derzeit 70 € betragen, ermäßigt kostet die Mitgliedschaft künftig 60 € statt aktuell 50 € pro Jahr.



Gabriele Abels wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Auch mit Blick auf die Politische Vierteljahresschrift (PVS) konnten die Mitglieder Erfreuliches vernehmen. Neue Sparten und Kolumnen wurden eingeführt und ab der letzten Ausgabe dieses

Jahres wird sich jedes Heft einem Schwerpunkt annehmen. Der Fokus der kommenden Ausgabe wird auf Jean-Jacques Rousseau liegen. Wie mit Blick auf die generellen Entwicklungstendenzen, so mussten aber auch hinsichtlich der PVS negative Trends verzeichnet werden, allen voran die im Verhältnis zur DVPW-Mitgliederzahl nach wie vor geringe Abonnementquote und die leicht sinkende Anzahl der eingereichten Beiträge.

Mit einem Gedenken an den kürzlich verstorbenen Michael Th. Greven eröffnete der Vorsitzende der Ethik-Kommission, Gerhard Göhler, seinen Bericht. Die Kommission sei in den vergangenen drei Jahren lediglich zwei Mal angerufen worden. Göhler ermunterte insbesondere die jüngeren Mitglieder der DVPW, sich bei wahrgekommenen Verstößen gegen den Ethik-Kodex der Kommission zuzuwenden. •



Hubertus Buchstein übergibt den DVPW-Vorsitz an Gabriele Abels.

## Politik entwickelt sich zur Individualsportart

Von Christian Saathoff

Es war eine Premiere der besonderen Art: Zum ersten Mal veranstaltete die Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ auf dem DVPW-Kongress ein Panel von und für Nachwuchswissenschaftler. Im Hörsaal 14 in der „Neuen Aula“ begrüßten die Organisatoren Ina Kubbe (Universität Lüneburg) und Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen) am Mittwochnachmittag die Zuhörerinnen und Zuhörer, deren Durchschnittsalter deutlich niedriger war als in den meisten anderen Veranstaltungen. Im Frühjahr hatte die Sektion mit einem Call for Papers Nachwuchswissenschaftler aufgerufen, zu den Themen „Vergleichende Politikwissenschaft“ sowie „Demokratie- und Autokratieforschung“ Arbeitsvorschläge einzureichen.

Einer von ihnen ist Felix Bethke von der Universität Greifswald. In seiner Promotionsarbeit beschäftigt er sich mit den Strategien der „Divide et impera“, dem Teilen und Herrschen, in Subsahara-Afrika. In seinem Vortrag stelle Bethke den qualitativen Ansatz vor, mit dem er Kabinettsumbildungen seit 1965 anhand eines selbsterstellten Datensatzes untersucht. Seine These: Durch häufige Entlassung und Ernennung von Regierungsmitgliedern könnten sich politische Herrscher vor Umstürzen schützen, da Kommunikationskanäle und Vertrauensbildung zwischen den Eliten erschwert werden und Putschversuchen somit die organisatorische und psychologische Grundlage fehle. Bethkes Untersuchung bestätigt vorläufig diese Annahmen.

Häufige Entlassungen und Ernennungen schützen vor Umstürzen

Weiter ging es mit Henrik Gast. An der Universität Regensburg beschäftigt sich Gast mit offenen Vorwahlen in europäischen Parteien und geht der Frage nach, wie die Demokratisierung in innerparteilichen Kandidatenwahlen wirkt. Im Vergleich mit der isländischen Independence Party, der österreichischen ÖVP und der britischen Conservative Party ermittelte Gast, dass es große Unterschiede insbesondere zwischen den beiden letztgenannten Parteien im Vergleich zur isländischen Partei gibt. Die Parteizugehörigkeit in Großbritannien und Österreich sei weitaus wichtiger als in Island, wo sich Politik mittlerweile zur „Individualsportart“ entwickelt habe.

Zum Abschluss stellte Dorothea Keudel-Kaiser von der Europa-Universität Frankfurt/Oder unter dem Titel „Minderheitsregierungen in Mittel- und Osteuropa. Brechen des Versprechens repräsentativer Demokratie?“ den derzeitigen Stand ihrer Doktorarbeit vor. Die Empirie zeige, wie relevant Minderheitsregierungen im politischen Alltag seien: Ein Drittel aller Koalitionen in West- und Osteuropa entsprächen diesem Regierungstyp. Drei Pfade, so das Ergebnis von Keudel-Kaisers qualitativer vergleichender Analyse, können zu Minderheitenregierungen führen: 1. Zweiparteidominanz oder 2. Bipolarisierung und ein jeweils fehlender programmatisch naher Koalitionspartner oder 3. eine Kombination: Bipolarisierung, Zweiparteidominanz und Koalitionsunfähigkeit.

Noch intensiver als in den meisten anderen Panels wurde am Mittwochnachmittag diskutiert. Allen drei Referenten war ein Diskutant zugeteilt worden, der das jeweilige Paper und die Präsentation beurteilte, bevor das Publikum weiteres Feedback gab. Dabei gab es Lob, aber auch viele Anmerkungen und Kritik, die die Referenten bereitwillig diskutierten. Trotz des kritischen Echos: Alle drei Beiträge seien dem Panel gerecht geworden, bilanzierte Ina Kubbe zum Abschluss. •

Es gab Lob,  
aber auch viele  
Anmerkungen  
und Kritik



(v.l.) Stefanie Walter, Frank Nullmeier, Henrik Enderlein

## „Demokratisches Krisenmanagement kaum möglich“

Von Isabella Bauer und Christian Saathoff

Der Mittwochmorgen begann mit einer ganzen Menge offener, aber seit Jahren drängender Fragen. Eine steckte schon im Titel des Plenums III: „Die Finanzmarktkrise: Die Demokratie als Hindernis einer Lösung oder als Opfer?“ Während Stefanie Walter in ihrem Vortrag versuchte, die Ursachen der Krise und die scheinbare Ohnmacht der europäischen Gemeinschaft in Bezug auf Lösungen zu erklären, ergänzte Henrik Enderlein ihre Ausführungen durch eine Analyse der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Herausforderungen von Demokratien in der Finanzmarktkrise.

Walter stellte zunächst klar, dass es grundsätzlich kein Problem sei, wenn es zwischen Staaten Zahlungsungleichgewichte gibt. Im Euro-Raum nahmen diese seit der Einführung der gemeinsamen Währung stetig zu und wurden schließlich zu einem drastischen Problem, als die Kapitalflüsse von Überschuss- zu Defizitländern stoppten. Langfristig gebe es für Defizitländer zwei Möglichkeiten der Krisenbewältigung. Da sei zum einen die interne Anpassung, die jedoch unmittelbare negative Folgen für die Bevölkerung hat, unter anderem steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne. Für demokratisch gewählte Regierungen sei das problematisch, weil ihre Bürger dementsprechende Reformen kaum tolerieren. Die andere Lösung bestehe in einer externen Anpassung, die im Falle der krisenbetroffenen EU-Staaten den Austritt aus der Euro-Zone bedeute. Diese Option wird momentan nicht ernsthaft diskutiert. Walter argumentierte, dass Demokratien unter gewissen Umständen eine interne Anpassung tolerieren können. Das sei der Fall, wenn die Kosten einer internen Anpassung als geringer empfunden werden als die einer externen.

Als Beispiel nannte sie die drei Baltikum-Staaten und Bulgarien, die es in den vergangenen Jahren geschafft hätten, ihren Staatshaushalt größtenteils zu stabilisieren. Im Vergleich zwischen diesen Staaten und den so genannten PIIGS-Staaten zeige sich jedoch, dass

letztere von einer internen Anpassung deutlich negativer betroffen wären. Walter zeichnet damit ein eher düsteres Bild der Lage: So wohl interne als auch externe Anpassung seien mit hohen Kosten verbunden, so dass als einzige attraktive Lösung eine Finanzierung durch Drittländer infrage komme. Das wirft jedoch ein neues, fundamentales Problem auf. Es sei unklar, wie Lasten innerhalb von und zwischen Staaten verteilt werden sollen. „Eine politische Lösung ist also schwierig“, schloss Walter. „Aber daran knüpft mein Nachredner jetzt an.“

Wenngleich er keine detaillierten politischen Lösungen anbieten konnte, half der Vortrag von Henrik Enderlein dabei, das Dilemma von Demokratien in der Finanzkrise besser nachzuvollziehen. Im Zentrum seiner Präsentation stand die Feststellung, dass in Demokratien das generelle Problem der gerechten Umverteilung durch die Finanzkrise noch verschärft werde. Zwei zentrale Schwächen, so der Politikwissenschaftler von der Hertie School of Governance, hätten Demokratien im Umgang mit der Krise. Zum einen die Zeitinkonsistenz: Staaten müssten hohe, kurzfristige Kosten in Kauf nehmen, um langfristig wirtschaftspolitische Erfolge zu erzielen. Zum anderen stünden Demokratien vor der Herausforderung, positive wie auch negative Externalitäten vor ihrer Bevölkerung zu rechtfertigen. Enderlein führte als Beispiel Griechenland an: Für viele Bürgerinnen und Bürger sei es nicht nachvollziehbar, dass die Regierung hohe Summen für Griechenland ausgebe, da sich der erhoffte Stabilitätseffekt zeitlich und geographisch entfernt von der Entscheidung abspielt.

Davon ausgehend knüpfte Enderlein an das Leitthema des Kongresses an. Gerade angesichts des Widerstandes der deutschen Bevölkerung, z.B. zur Finanzierung des europäischen Rettungsschirms, stelle sich die Frage nach dem Souverän solcher weitreichenden finanzpolitischen Entscheidungen. Im Mehr-Ebenen-System der EU sind der politische Souverän, also die nationalen Bevölkerungen, und der „ökonomische“ Souverän, also die Regierungen, die entsprechende Entscheidungen fällen, nicht identisch. Unter diesen Umständen, so Enderleins pessimistische Einschätzung, sei demokratisches Krisenmanagement kaum möglich. Ein möglicher Lösungsansatz könnte jedoch die Ergänzung der Währungsunion durch eine politische Union sein. Verstärkung des europäischen Binnenmarktes, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, gemeinsame Kredite und eine Bankenunion könnten helfen, das Abwägen der Nationalstaaten zwischen eigenen Interessen und der europäischen Gemeinschaft im Mehr-Ebenen-System zu erleichtern. •

Demokratien  
tolerieren unter  
gewissen  
Umständen eine  
interne  
Anpassung

# Bundespräsident – mehr als nur Staatsnotar

Von Isabella Bauer

Ein laut Marcus Höreth „scheinbar besonders langweiliges Amt“ war der Gegenstand des zweiten Sitzungstags der Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“: das des Bundespräsidenten. Doch nicht nur, weil das Amt und seine Inhaber in den letzten Jahren vermehrt mediale Aufmerksamkeit erhalten haben, lohnt es sich, die formal höchste Instanz der Bundesrepublik genauer zu beleuchten. So versuchten alle vier Vortragenden, das Selbstverständnis und die Funktionen des Amtes, wie sie gegenwärtig verstanden werden, zu erfassen.

Den Anfang machte Roland Lhotta, der nach einem kurzen historischen Überblick über die traditionellen Anforderungen an das Amt des Bundespräsidenten resümierte, dass selbiger nicht mehr nur „Staatsnotar“ sei. Stattdessen ist das Amt mit allen drei Gewalten verflochten und damit Ausdruck der nicht trennscharfen Gewaltenteilung in Deutschland. Es ist somit komplementär zu den anderen Verfassungsorganen ausgelegt: Durch seine sowohl ergänzende als auch unterstützende Funktion nimmt der Bundespräsident an der Ausübung von Staatsgewalt teil und kann in Notzeiten als rechtliche Reserve einspringen. Der Bundespräsident ist somit kein apolitisches Organ, sondern durch seine Reservefunktion besonders in Krisenzeiten relevant. Das, so Lhotta, mache ihn zu einem „kontextabhängigen Gegenspieler“.

Marcus Höreths Vortrag schloss sowohl chronologisch als auch inhaltlich daran an, legte den Fokus aber auf das Gestaltungspotential des Bundespräsidenten unter einer Großen Koalition. So ist es ihm dann möglich, die Anzahl von Normenkontrollen durch das Bundesverfassungsgericht zu erhöhen. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass ungeprüfte Gesetze verfassungsrechtliche Gültigkeit erlangen. Höreth schloss mit der These, dass, sollte die Große Koalition zu einem gängigen Regierungsformat werden, der Bundespräsident Vetspieler wird.

Da jeder Bundespräsident versucht, sich ein eigenes Profil zuzulegen, untersuchte Manuela Glaab die verschiedenen Führungsstile der letzten vier Präsidenten im Hinblick auf Strategien des „public leadership“. Eine wirkungsvolle Medienpräsenz ist besonders wichtig für ein Amt, das sich nicht durch hierarchische Machtbefugnisse, sondern durch Ansehen in Amt und Person begründet. Generell sind alle untersuchten Führungsstile unter anderem durch die repräsentative und integrative Funktion gekennzeichnet, die auch traditionell vom Amt erwartet werden.

Medienpräsenz war auch einer der Kernpunkte des letzten Vortrags, gehalten von Timo Grunden. Vom modernen Bundespräsidenten werden nicht mehr nur „tradierte“ Funktionen wie Symbol-, Repräsentations- und Integrationsfunktion erwartet, sondern darüber hinaus auch „Politische Führung“. Das verlangt kluges Politikmanagement, angefangen beim Wahlkampf, der laut Grunden ganz eigene Charakteristiken aufweise und noch besser untersucht werden müsse. Ähnlich wie Glaab stellte auch Grunden fest, dass professionelles Kommunikationsmanagement zunehmend an Bedeutung gewinne. Daneben verfolge der Bundespräsident auch eine nicht-öffentliche Politik „über Netzwerke, Interventionen und Konsultationen“.

Das Amt des Bundespräsidenten ist also eines, das schwer erfassbar, stark kontextabhängig und historisch wandelbar ist. Langweilig jedoch ist es auf keinen Fall. •

Der  
Bundespräsident  
ist ein  
kontext-  
abhängiger  
Gegenspieler

# Eschenburgs Umgang mit der Vergangenheit

Von Tobias Müller

Nicht wenige begreifen die Politikwissenschaft bis heute als genuine Demokratiewissenschaft, als Wissenschaft mit erzieherischem Auftrag im Hinblick auf Förderung und Bewahrung der demokratischen Regierungsform. Angesichts dieser Fremd- und Selbstwahrnehmung stellt sich, nicht erst seit gestern, die Frage nach dem Verhalten ihrer Gründerväter während der nationalsozialistischen Diktatur. Eben diesem Thema wendete sich das Sonderplenum „Deutsche Nachkriegspolitologen in der nationalsozialistischen Diktatur“ zu, wobei insbesondere das Verhalten Theodor Eschenburgs, Michael Freuds und Arnold Bergstraessers im Zentrum der Betrachtung stehen sollte. Unter der Leitung Hubertus Buchsteins diskutierten hierzu Wilhelm

Knelangen, Rainer Eisfeld, Günter Behrmann, Hannah Bethke und Gerhard Lehmbrock.

Den Anfang machte Knelangen, der die Rolle Michael Freuds näher beleuchtete. Dieser, so Knelangen, lasse sich den gängigen Kategorien des Mitläufers, Unterstützers oder Widerständlers nicht eindeutig zuordnen, da sich sein Verhalten 1939/40 radikal wandelte. War er bis dahin ein entschiedener Gegner des Nazi-Regimes, Mitglied der SPD und oppositioneller Publizist gewesen, so trat er 1940 der NSDAP bei und biederte sich den Nationalsozialisten an. Allerdings, so Knelangen weiter, sei dies weniger einem nachhaltigen Gesinnungswandel als vielmehr der Sorge geschuldet gewesen, andernfalls überhaupt nicht mehr publizistisch tätig sein zu können. Diese Angst sei dann auch einer der Gründe für inhaltliche Konzessionen gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie gewesen. Auch hinsichtlich Freuds Verhalten in der Nachkriegszeit müsse sorgfältig unterschieden werden. Von den nicht getätigten öffentlichen Schuldeingeständnissen dürfe nicht auf eine vollständige Negierung jeglicher Schuld bei Freund geschlossen werden, wäre dieser im Privaten durchaus selbstkritisch mit der

Sorge,  
nicht mehr  
publizistisch  
tätig sein  
zu können

eigenen Rolle unter der nationalsozialistischen Herrschaft umgegangen.

Um diesen Umgang mit der eigenen Vergangenheit ging es auch Eisfeld, Behrmann und Bethke, wobei ersterer und letztere insbesondere auf Theodor Eschenburg zu sprechen kamen, wo hingegen Behrmann vor allem auf Bergstraesser einging. Ihm war insbesondere daran gelegen, dessen Rolle als Doktorvater einiger NS-Kader klarzustellen. Doktorarbeiten, so die Argumentation Behrmanns,



(v.l.) Rainer Eisfeld, Günter Behrman

seien in den 1930er Jahren maximal bessere Magister- beziehungsweise Diplomarbeiten gewesen, die Bewertung eben dieser zudem weniger kritisch als dies heute der Fall sei. Daraus, dass zehn Prozent der bei Bergstraesser Promovierenden überzeugte Nationalsozialisten gewesen seien, ließe sich demnach mitnichten ableiten, dass dieser aktiv an der Gleichschaltung der deutschen Hochschulen mitgewirkt hätte. Weit wichtiger war Behrmann jedoch die Feststellung, dass Bergstraesser sowohl aufgrund seiner jüdischen Wurzeln als auch aufgrund seiner politischen Überzeugungen selbst Opfer der Nationalsozialisten gewesen sei. Die an diesen gerichtete Forderung, seine Schuld rückblickend zu bekennen, sei aufgrund dessen – und angesichts der Tatsache, dass die „Massenmörder (im Nachkriegsdeutschland) auf der Straße herumliefen“ –, als unangemessen zu bezeichnen.

### Als die Massenmörder auf der Straße herumliefen

Wenngleich Eisfeld wohl gerne ausführlicher auf die Rolle Bergstraessers beziehungsweise die Behrmann'sche Einschätzung eben dieser zu sprechen gekommen wäre, konzentrierte sich sein Eröffnungsbeitrag vorwiegend auf Theodor Eschenburg. Der in diesem Zusammenhang dargelegte Vorwurf bezog sich, wie Eisfeld zu verdeutlichen suchte, weniger auf die von Eschenburg (und auch von Bergstraesser) gemachten inhaltlichen Konzessionen an die Nationalsozialisten als vielmehr auf den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Eschenburg, so Eisfeld, sei im Nachkriegsdeutschland vor allem daran gelegen gewesen, die Rolle der Funktionseliten im Nationalsozialismus zu relativieren, womit er letztlich auch sich selbst von jeglicher Schuld auszunehmen versuchte.

Dass die Rolle Eschenburgs durchaus kritisch gesehen werden sollte, stellte dann auch Hannah Bethke heraus. Weniger dessen Stellung in der nationalsozialistischen Wirtschaft sei für diese Einschätzung ausschlaggebend. Es sei, und auch hiermit knüpfte Bethke an Eisfeld an, eher der Umgang Eschenburgs mit der eigenen Vergangenheit, der das undifferenzierte Festhalten an Eschenburg – beispielsweise als Namensgeber für den DVPW-Preis für das politikwissenschaftliche Lebenswerk – zu einem zumindest fragwürdigen Unterfangen werden lasse. Zu diesem Schluss kam Bethke insbesondere aufgrund der (fragmentarisch gebliebenen) autobiographischen Schriften Eschenburgs als auch aufgrund von Interviews, die dieser in den 1980er Jahren gegeben hatte. Wolle die Politikwissenschaft ihr Selbstverständnis als genuine Demokratiewissenschaft weiterhin beibehalten, ohne abermals in einen Verdrängungsdiskurs bezüglich der eigenen Fachgeschichte abzugleiten, so spreche nicht mehr viel dafür, den Lebenswerk-Preis weiterhin nach Eschenburg zu benennen, so Bethke abschließend.

Den letzten Beitrag lieferte Gerhard Lehmbruch, seines Zeichens Zeitgenosse und phasenweise Weggefährte Eschenburgs. Dem Eindruck, dass dieses persönliche Verhältnis der – bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend sachlich geführ-

ten – Auseinandersetzung eher nicht zuträglich war, kann man sich leider nicht erwehren. Ein schwer durchschaubares Geflecht aus persönlichen Erfahrungen, Anmerkungen zum Verhältnis von Erinnern und Vergessen sowie dem Umgang mit historischen Quellen vermochte die Diskussion nicht wesentlich zu beleben. Zudem kratzte Lehmbruchs Umgang mit Hubertus Buchstein, dem noch DVPW-Vorsitzenden und Moderator der Debatte, an der Grenze zum Unverschämten. Auch dies war der Gesprächsatmosphäre sicher nicht förderlich.

Für Fragen aus dem Publikum war aufgrund zeitlicher Engpässe leider kein Raum mehr. Raum und Zeit wird es jedoch brauchen, um die Fragen, die im Rahmen dieser Podiumsdiskussion in Mengen aufgeworfen wurden, in absehbarer Zukunft beantworten zu können. Angesichts der teilweise hitzigen Atmosphäre ist man geneigt, den Akteuren hierbei Ruhe und vor allem Diskussionsbereitschaft zu wünschen. Diese sollte nämlich wesentlich für jede Form der Wissenschaft sein, unabhängig von der jeweiligen Fachgeschichte. •

# Menschen

und

## Momente

Halbzeit! Der Kongress startet in die zweite Wochenhälfte. Rückblickend waren die ersten Tage gehaltvoll und erkenntnisreich. Die einzelnen Veranstaltungen waren ebenso wie das Rahmenprogramm gut besucht. Zwischenfazit: ein intellektuelles Vergnügen. •





# **Keine ernsthafte Legitimationskrise des Marktes**

Von Julia Kümper

Die Sektion „Internationale Politik“ widmete ihren zweiten Veranstaltungstag dem postulierten Versprechen der Demokratie: Legitimität. Nach einer kurzen Einleitung durch Stephan Stetter (Universität der Bundeswehr München) folgten vier Beiträge von Michael Zürn (Wissenschaftszentrum Berlin), Frank Nullmeier (Universität Bremen), Anna Geis (Universität Marburg) sowie Christopher Daase (Universität Frankfurt am Main). Diese wurden anschließend durch Dirk Jörke (Universität Greifswald) aus der Perspektive eines Politiktheoretikers kritisch gewürdigt, bevor Fragen sowie Anregungen aus dem Plenum zu einer kritischen Diskussion der „Legitimitätsansprüche in der internationalen Politik“ führten.

Zürn wies in seinem Beitrag auf sechs Veränderungen der öffentlichen Autorität hin. Die Schlussdiskussion befasste sich mit folgenden Hypothesen aus Zürns Beitrag: die „Zunahme von Autoritätskonflikten“ sowie „Die Zunahme reflexiver Legitimationskonflikte“. Der zweite Aspekt – Was ist die richtige Legitimation für welche Entscheidung? – wurde auch von Frank Nullmeier ausgeführt. Sein Beitrag stellte die Frage nach einem Standardkatalog normativer Werte für die Legitimation des Marktes. Hierfür legte er zunächst fünf zukünftig denkbare Legitimationsmodelle vor. Insbesondere das „Synthese-modell“ wurde kritisch durch den Discussant und das Plenum gewürdigt. Die Bildung eines neuen Legitimationskriterien-Konzeptes für die Verfahren des Marktes sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, die „politische Gleichheit zu schnell aufzugeben“. Nullmeiers Fazit stellte insgesamt die Notwendigkeit der Legitimationsmodelle in Frage, da er selber von „keiner ernsthaften Legitimationskrise des Marktes“ ausgeht.

Anna Geis wiederum mahnte an, die Rolle der Politikwissenschaftler\_innen als „Handlanger der Herrschaft“ nicht zu unterschätzen. Exemplarisch zeigte sie anhand des Modells „Konzert der Demokratie“ nach, inwieweit die Theorie des Demokratischen Friedens als Legitimationsbasis für die Anwendung militärischer Gewalt durch einen Staatenbund missbraucht werden kann. Christopher Daase formulierte vier Faktoren, die den Erfolg oder Misserfolg von Legitimationspolitik beeinflussen. Mit diesen Faktoren untersuchte er die Legitimationsentwicklung der Konzepte von legitimer Humanitärer Intervention sowie illegitimer präventiver Kriegsführung. Kernargument ist für ihn die Verfahrensgerechtigkeit, die einen deliberativen Charakter beinhalten kann und einen Beratungsprozess beinhaltet. Dadurch kann die „Humanitäre Intervention“ von den unterschiedlichen Akteuren als gerecht empfunden und retrospektiv als legitim erklärt werden. Dirk Jörke formulierte anschließend, ausgehend vom Bild der „Handlanger der Herrschaft“ unterschiedliche Kritikpunkte an den Vorträgen von Michael Zürn und Frank Nullmeier. Insbesondere die Genese des Begriffs der epistemischen Autorität Zürns war Jörke zu ungenau dargestellt. Des Weiteren hinterfragte er provaktiv Nullmeiers Beitrag. Dieser hatte von der „Harmlosigkeit der moralischen Kritik“ an der Legitimation des Marktes in den Qua-

litätszeitungen Deutschlands, Großbritanniens, der Schweiz sowie den Vereinigten Staaten von Amerika gesprochen. Jörke beendete seinen Beitrag dementsprechend mit der Frage, ob nicht die „Harmlosigkeit der moralischen Kritik“ auf die Politikwissenschaft übertragbar sei, wenn sie sich mit der Analyse von Qualitätszeitungen zufrieden stelle. •

## **Die „Letzte“**

Wer nachlesen will, was sich in den einzelnen Veranstaltungen getan hat, greift zu den Kongressnotizen. Die heutige Ausgabe ist die letzte, die Ihnen in Papierform vorliegen wird. Die nächste gibt es – aufgrund der meist hohen Zahl an Abreisen am letzten Kongresstag – nur noch als PDF-Datei und damit online abrufbar; so, wie übrigens alle Ausgaben im Anschluss des Kongresses als PDF-Datei auf der Seite der DVPW einsehbar sein werden.



Das  
„Synthese-  
modell“  
wurde kritisch  
gewürdigt

## **Twitter**

Verfolgen Sie den Kongress auf Twitter.  
[twitter.com/dvpw\\_2012](http://twitter.com/dvpw_2012)



## **Impressum**

Herausgegeben im Auftrag von Vorstand und Beirat der  
DVPW Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft  
c/o Universität Osnabrück  
FB 1 – Sozialwissenschaften  
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P.: Marc Raschke, Pressereferent für den  
DVPW-Kongress in Tübingen, [info@raschke-partners.de](mailto:info@raschke-partners.de)  
Redaktion: Marc Raschke, Isabella Bauer, Julia Kümper,  
Tobias Müller, Christian Saathoff  
Fotos: Marc Raschke, [www.raschke-partners.de](http://www.raschke-partners.de)  
Auflage: 200 Stück